

Hintergrundpapier zur Initiative SACHSEN KAUFF FAIR

Stand: März 2022

Was ist SACHSEN KAUFF FAIR?

SACHSEN KAUFF FAIR ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis, welches sich für die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards bei der öffentlichen Beschaffung in Sachsen einsetzt. Die Allianz besteht aus der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, dem Bistum Dresden-Meißen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Bezirk Sachsen, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Sachsen e.V. und dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V.

Warum hat sich SACHSEN KAUFF FAIR gegründet?

Die Ausgaben des Freistaates Sachsen für seine öffentlichen Beschaffungen sind enorm. In den Jahren 2019/2020 vergab das Land Bau-, Liefer- und Dienstleistungen mit einem Gesamtvolumen von über 1.5 Milliarden Euro.¹ Viele der erworbenen Produkte – beispielsweise IT-Geräte, Uniformen, Lebensmittel oder Pflastersteine – werden in Ländern abgebaut oder gefertigt, in denen gegen international geltende Arbeitsstandards oder Umweltauflagen verstoßen wird.² Bisher kauft der Freistaat meist das günstigste Produkt, ohne auf nachhaltige Aspekte wie Energieeffizienz, Reparierbarkeit oder die Einhaltung von Arbeitsbedingungen bei der Herstellung zu achten. Damit verstärkt sich der Preiskampf zu Lasten von Mensch und Natur. Eine Reform des sächsischen Vergabegesetzes kann das ändern.

Was fordert SACHSEN KAUFF FAIR?

Wir fordern ein Gesetz, welches ökologische und soziale Kriterien verpflichtend berücksichtigt. Somit würden neben dem Preis auch andere Kriterien mit in die Kaufentscheidung der Vergabestellen einfließen. Unser Forderungspapier listet die konkreten juristischen Forderungen auf. Diese werden in vielen anderen Bundesländern mittlerweile ohne Probleme umgesetzt.

Beispielsweise berücksichtigen zehn der sechzehn Bundesländer³ die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in ihren vergaberechtlichen Regelungen. Damit werden absolute Minimalstandards menschenwürdiger Arbeit, wie das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, bei der Herstellung der Produkte eingehalten. In den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin als auch Schleswig-Holstein gibt es eine staatliche Beratungsstelle für nachhaltige Beschaffung. Darüber hinaus bieten die meisten Bundesländer entsprechende Fortbildungsangebote an. Neben einem modernen Vergabegesetz fordern wir ähnliche Begleitmaßnahmen für den Freistaat, damit nachhaltige Beschaffung auch in der Praxis umgesetzt wird.

DIESE MASSNAHME WIRD GEFÖRDERT VON

Kontakt:

Stefanie Licht

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e. V. (ENS),
Kreuzstraße 7, 01067 Dresden

Tel. 0351 – 438378-62

kontakt@einewelt-sachsen.de

¹ Dabei sind jedoch u.a. Vergaben der Kommunen und Beschaffungen mit einem Auftragswert oberhalb der EU-Schwellenwerte ausgenommen. Somit kann von einem deutlich höheren Vergabevolumen für den Freistaat ausgegangen werden. (siehe sächs. Vergabebericht 2019/2020)

² Beispiele wie Hungerlöhnen für Teepflückerinnen oder die Abholzung des Regenwaldes für die Palmenölproduktion gibt es hier: <https://lieferkettengesetz.de/fallbeispiele/>

³ Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen